

**Nr. 20/570**

**Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:**

1. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 25. Februar 2020  
(Drucksache [20/288](#))
2. Unterstützung für Menschen mit Behinderung in den Krankenhäusern Bremens sicherstellen!  
Bericht der staatlichen Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 10. Mai 2021  
(Drucksache [20/957](#))
3. Ehrenamtliches Engagement im Land Bremen – vielfältig, bunt und unterstützenswert!  
Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE  
vom 19. Mai 2021  
(Drucksache [20/968](#))
4. Das letzte Jahr vor der Einschulung: KiTa oder Vorschulklasse?  
Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
vom 6. Juli 2021  
(Drucksache [20/1041](#))
5. Deponie Grauer Wall – wann schützt der Senat endlich die Bremerhavener Bevölkerung und die Umwelt?  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 20. Juli 2021  
(Drucksache [20/1055](#))

**Nr. 20/571**

**Konsensliste**

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft  
vom 12. Oktober 2021

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof  
Mitteilung des Senats vom 24. August 2021  
(Drucksache [20/1077](#))  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.
2. Gesetz zur Anpassung von Vorschriften aus dem Bereich Häfen an die Datenschutz-Grundverordnung  
Mitteilung des Senats vom 28. September 2021  
(Drucksache [20/1114](#))  
  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

3. Rechtsformwechsel Immobilien Bremen, Anstalt des öffentlichen Rechts – Übertragungsgesetz der Immobilien Bremen AöR (IB-ÜberG)  
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021  
(Drucksache [20/1122](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.
4. Gesetz zur Änderung besoldungsrechtlicher Vorschriften  
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021  
(Drucksache [20/1123](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.
5. Neunundzwanzigste Verordnung zum Schutz vor Neuinfektionen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Neunundzwanzigste Coronaverordnung)  
Mitteilung des Senats vom 29. September 2021  
(Drucksache [20/1118](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Senats zur Kenntnis.
6. Beteiligung der Bürgerschaft beim Erlass von Coronaverordnungen – 29. Coronaverordnung  
Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses vom 12. Oktober 2021  
(Drucksache [20/1127](#))  
Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Mitteilung des Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschusses zur Kenntnis.

#### **Nr. 20/572**

##### **Aktuelle Stunde**

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Martin Michalik, Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

##### **„Solarnotlage im Klimanotlageland Bremen“**

#### **Nr. 20/573**

##### **Clusterpolitik und Innovationsförderung im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE

vom 23. Februar 2021  
(Drucksache [20/847](#))

D a z u

##### **Mitteilung des Senats vom 16. April 2021**

(Drucksache [20/900](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 20/574

### **Zuwendungsrecht modernisieren – unnötige Bürokratie und Hemmnisse für Träger abbauen**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 10. November 2020

(Drucksache [20/704](#))

D a z u

### **Mitteilung des Senats vom 26. Januar 2021**

(Drucksache [20/797](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 20/575

### **Zuwendungspraxis modernisieren – Bürokratie abbauen, Digitalisierung ermöglichen!**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 30. September 2021

(Drucksache [20/1119](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Fachanhörung zur Modernisierung der bremischen Zuwendungspraxis durchzuführen. Einzubinden sind Vertretungen des Finanzressorts als Zentralressort, der zuwendungsgebenden Ressorts und dem Rechnungshof sowie Verbände und Interessensvertretungen der Zuwendungsempfänger. Einzubinden sind auch Fachpolitiker:innen sowie externe Sachverständige, die durch die Fraktionen benannt werden.

In der Anhörung sollen praxisrelevante Probleme benannt und mögliche Lösungsansätze diskutiert werden.

Insbesondere sollen folgende Inhalte im Hinblick auf eine vereinfachte Zuwendungspraxis erörtert werden:

1. Bedingungen für die Ermöglichung mehrjähriger Bewilligungszeiträume, etwa für die Geltungsjahre des Bremischen Haushalts, als Standard mindestens für Zuwendungen, in denen bisher mit jährlich wiederkehrenden Zuwendungen gearbeitet wurde;
2. Bedingungen für ein Primat der Finanzierungsart Festbetragsfinanzierung vor Fehlbedarfsfinanzierung;
3. Unterschiedliche Handhabungen der zuwendungsgebenden Ressorts und deren Implikationen für Zuwendungsempfänger;
4. Kriterien für die vermehrte Einführung von Förderpauschalen;
5. Kriterien für die vermehrte Nicht-Anrechnung von Spenden und Bußgeldern auf die Zuwendungssummen;
6. Flexible Vergabe von Mitteln zu mehreren Terminen im Jahr;
7. Digitalisierung von Antragsstellungen, Bescheiden sowie des Prüfverfahrens von Verwendungsnachweisen nach dem Onlinezugangsgesetz;
8. Anforderungen an ein zentrales Online-Förderportal, das Trägern ermöglicht, sich unkompliziert und umfassend über die vorhandenen bremischen Fördermöglichkeiten zu informieren;

9. Verbesserte Einhaltung der vorgesehenen Fristen für die Ausstellung und Übersendung von Zuwendungsbescheiden sowie die Übermittlung von Prüfergebnissen der Verwendungsnachweise an die Zuwendungsempfänger, sofern die Verwendungsnachweise der Zuwendungsnehmer vollständig vorliegen;
10. Erhöhung der Bagatellgrenzen bei der Verzinsung von Rückforderungen;
11. Überprüfung von Zuwendungen im Hinblick auf ihre ökologische und klimaschädliche Wirkung.

Die aus der Anhörung abgeleiteten Befunde und Ergebnisse sind der Bürgerschaft (Landtag) und dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss in einem Bericht bis zum Ende des zweiten Quartals 2022 vorzulegen. Schriftliche Stellungnahmen der Vertreter:innen der Zuwendungsempfänger und der Sachverständigen sind im Anhang beizufügen.

#### **Nr. 20/576**

##### **Umsetzung der Gewerbeabfallverordnung im Land Bremen für mehr Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz sicherstellen**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 27. April 2021  
(Drucksache [20/927](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

#### **Nr. 20/577**

##### **Behandlung von Gewerbeabfall im Land Bremen**

Große Anfrage der Fraktion der SPD  
vom 29. Juni 2021  
(Drucksache [20/1034](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 14. September 2021**  
(Drucksache [20/1105](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 20/578**

##### **Rechte Gewalt und rechter Terror in Bremen und dem Umland?**

Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und der SPD  
vom 25. Juni 2021  
(Drucksache [20/1027](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 28. September 2021**  
(Drucksache [20/1115](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

## Nr. 20/579

### **Alle Religionsgemeinschaften im Land Bremen verdienen Respekt und Schutz**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 15. März 2021  
(Drucksache [20/869](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 20/580

### **Digitale Gewalt in Bremen besser bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der FDP  
vom 29. April 2021  
(Drucksache [20/938](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.

## Nr. 20/581

### **Hass im Netz entgegentreten – Opferschutz und Strafverfolgung im Land Bremen verbessern**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD  
vom 22. Juni 2021  
(Drucksache [20/1018](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jede Form von Hass im Netz und erklärt sich mit den Betroffenen von Hassreden im Netz solidarisch. Hassreden im Netz schränken den demokratischen Meinungs austausch ein, gefährden die psychische Unversehrtheit von Menschen und tragen erheblich zur Entstehung von Straftaten bei.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) sieht die Anbieter sozialer Netzwerke in der Verantwortung, ihre Nutzer:innen besser vor Hassinhalten zu schützen sowie Polizei und Justiz eine effektivere Strafverfolgung zu ermöglichen. Sie bittet den Senat, sich in diesem Sinne aktiv in die aktuellen Diskussionen über Gesetzesänderungen auf Bundesebene einzubringen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,
  - a) in Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum Bremen, der Bremischen Landesmedienanstalt, der mobilen Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus und der Betroffenenberatungsstelle Soliport zu erarbeiten, wie bestehende Strukturen für die Beratung und Begleitung Betroffener von Hate-Speech im Internet verbessert und ausgebaut werden können;
  - b) eine zentrale Meldestelle beim Demokratiezentrum Bremen für das Land Bremen einzurichten, die entsprechende bundesweit bestehende Einrichtungen unterfüttert und auf Erfahrungen der Initiative RIKO zurückgreift;
  - c) das Thema Hate-Speech in den Schulen schulart- und fächerübergreifend zu verankern;
  - d) Lehrer:innen durch geeignete Unterrichtsmaterialien und Schulungen in die Lage zu versetzen, die Thematik anhand von lebensweltnahen Beispielen mit den Schüler:innen zu behandeln;

- e) bei der Staatsanwaltschaft Bremen im Rahmen einer Organisationsuntersuchung auch die Möglichkeiten zu beleuchten, ein Schwerpunktdezernat zur Verfolgung von Online-Hasskriminalität unter Einbeziehung der zentralen Ansprechperson für Hate-Speech einzurichten;
- f) die Möglichkeit einer Online-Anzeige von Hate-Speech-Delikten bereitzustellen, möglichst in Zusammenarbeit mit anderen Landespolizeien oder dem Bundeskriminalamt und unter Einbeziehung der Expertise der Bremischen Landesmedienanstalt beziehungsweise der Initiative RIKO; hierbei sollen die Anzeigenden unter anderem bereits auf die Möglichkeit einer alternativen ladefähigen Adresse zum Schutz ihrer Wohnanschrift hingewiesen werden;
- g) die Behandlung von Hate-Speech-Delikten und deren effektive Verfolgung in der polizeilichen Aus- und Fortbildung zu intensivieren;
- h) der Bürgerschaft (Landtag) binnen eines halben Jahres nach Beschlussfassung zu berichten.

## Nr. 20/582

### Fragestunde

1. Das Dritte Gleis – eine unendliche Geschichte?  
Anfrage der Abgeordneten Anja Schiemann, Jörg Zager, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. September 2021
  2. Ausbildung in den Ausbildungsverbänden  
Anfrage der Abgeordneten Jasmina Heritani, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD vom 9. September 2021
  3. NutriScore – neutral und objektiv?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Wischhusen und Fraktion der FDP vom 9. September 2021
  4. Quo vadis Vernetzungsstelle Schulverpflegung im Land Bremen?  
Anfrage der Abgeordneten Jan Saffe, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. September 2021
  5. Promotionsrecht für Hochschulen im Land Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13. September 2021
  6. Ausgestaltung der Praxissemester von Studiengängen an Hochschulen des Landes Bremen  
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Sigrid Grönert, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 17. September 2021
  7. PRIMO-Sprachtests für Kinder auch aufsuchend?  
Anfrage der Abgeordneten Dr. Solveig Eschen, Christopher Hupe, Björn Fecker und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. September 2021
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
8. Bremen – Hochburg der Unternehmensinsolvenzen in der Corona-Pandemie  
Anfrage der Abgeordneten Carsten Meyer-Heder, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 4. Oktober 2021

9. Verstaatlichung der GEWOBA

Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Heiko Strohmann und Fraktion der CDU vom 7. Oktober 2021

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 23 Absatz 4 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

**Nr. 20/583**

**Täterarbeit als Prävention**

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE

vom 26. Januar 2021

(Drucksache [20/793](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 16. März 2021**

(Drucksache [20/872](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

**Nr. 20/584**

**Zwischenbericht zur Erarbeitung des Bremer Landesaktionsplans „Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“**

Mitteilung des Senats vom 22. Juni 2021

(Drucksache [20/1022](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

**Nr. 20/585**

**Sportvereine unterstützen durch Übernahme der Mitgliederbeiträge für Kinder und Jugendliche aus dem Bremen-Fonds**

Antrag der Fraktion der CDU

vom 5. August 2021

(Drucksache [20/1067](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

**Nr. 20/586**

**Psychosoziale Prozessbegleitung vereinfachen, ausbauen und institutionalisieren**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und der SPD

vom 18. Mai 2021

(Drucksache [20/962](#))

D a z u

**Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

vom 14. Oktober 2021

(Drucksache [20/1131](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Sozialen Dienste der Justiz stärker in die Qualitätssicherung und Unterstützung der Inanspruchnahme des Angebotes der psychosozialen Prozessbegleitung einzubeziehen;
2. Informationsangebote zur psychosozialen Prozessbegleitung in einfacher, niederschwelliger Sprache und in verschiedenen Sprachen bereitzustellen;
3. ein Formular für die Beantragung einer Beiordnung psychosozialer Prozessbegleitung für Verletzte bereitzustellen;
4. so früh wie möglich im Ermittlungsverfahren sowie bei Anklageerhebung und Eröffnung der Hauptverhandlung die Berechtigten auf das Instrument der psychosozialen Prozessbegleitung und gegebenenfalls die Möglichkeit der Beiordnung hinzuweisen;
5. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass die beiordnungsfähigen Deliktgruppen für Betroffene von häuslicher Gewalt im Sinne von Artikel 3 der Istanbul-Konvention um Körperverletzungsdelikte nach den §§ 223 Absatz 1 und 224 des Strafgesetzbuches erweitert werden, dass ein Beiordnungsanspruch für erwachsene Opfer von Sexualdelikten unabhängig vom Kriterium der besonderen Schutzbedürftigkeit in die Strafprozessordnung (StPO) aufgenommen wird und dass durch eine Änderung von § 406g StPO, das Antragserfordernis zur Beiordnung einer psychosozialen Prozessbegleitung für minderjährige Verletzte einer Straftat aus dem Katalog des § 397a Absatz 1 StPO entfällt und die Staatsanwaltschaft oder das zuständige Gericht von Amts wegen eine psychosoziale Prozessbegleitung beiordnen kann, soweit der oder die Verletzte nicht widerspricht.

#### **Nr. 20/587**

##### **Wie kann unsere demokratische Gesellschaft in Bremen vor linksextremistischen Strömungen geschützt werden?**

Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 10. Mai 2021  
(Drucksache [20/958](#))

D a z u

**Mitteilung des Senats vom 31. August 2021**  
(Drucksache [20/1087](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

#### **Nr. 20/588**

##### **Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle im Land Bremen**

Mitteilung des Senats vom 31. August 2021  
(Drucksache [20/1085](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.



## Nr. 20/589

### **Aufbau einer Landesantidiskriminierungsstelle**

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE  
vom 12. Oktober 2021  
(Drucksache [20/1126](#))

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich dafür aus, die Landesantidiskriminierungsstelle, einschließlich des Beschwerdemanagements für Geflüchtete in den Erstaufnahmeeinrichtungen, organisatorisch in der Bürgerschaftskanzlei zu verorten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss, in seinen Anträgen zu den Haushaltsplänen für die Haushaltsjahre 2022 und 2023 die bei der Senatorin für Soziales, Jugend, Integration und Sport für die Landesantidiskriminierungsstelle vorgesehenen Ausgaben entsprechend in die Haushaltspläne der Bürgerschaft zu übertragen.

## Nr. 20/590

### **Überbetriebliche Ausbildung im Handwerk durch auskömmliche Landeszuschüsse dauerhaft sicherstellen und stärken**

Antrag der Fraktion der CDU  
vom 1. Juni 2021  
(Drucksache [20/981](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

## Nr. 20/591

### **Teilzeitstudienmöglichkeiten im Land Bremen verbessern**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 1. Juni 2021  
(Drucksache [20/994](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. hinsichtlich der geplanten Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes (BremHG) umgehend zu prüfen, wie die Rahmenbedingungen zu verändern sind, um zum einen das Angebot an Teilzeitstudienmöglichkeiten an den Hochschulen im Land Bremen quantitativ wie qualitativ auszubauen und zum anderen an allen Hochschulen auch einen Wechsel von einem Voll- zu einem Teilzeitstudium zu ermöglichen.

Dabei sind insbesondere folgende Aspekte zu berücksichtigen:

- a) Strukturelle Verankerung von Teilzeitoptionen, damit Studierende nicht von individuellen Vereinbarungen abhängig sind;
- b) Entzerrung von Curricula mit der Möglichkeit, Module strecken zu können;
- c) Einbeziehung unterschiedlicher Bedarfe von Teilzeitstudierenden, um eine Vereinbarkeit zum Beispiel mit Erwerbstätigkeit, Familie, Pflege Angehöriger, chronischer Erkrankung oder Behinderung sowie gesellschaftlichem oder universitärem Engagement zu ermöglichen.

2. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Studierende in Teilzeit künftig einen Anspruch auf Unterstützung nach dem BAföG erhalten, der die durch die Teilzeit entstehende veränderte Regelstudienzeit berücksichtigt;
3. dem Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit binnen eines Jahres nach Beschlussfassung einen Bericht vorzulegen.

#### **Nr. 20/592**

##### **Gründung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ im Land Bremen**

Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 15. Juni 2021  
(Drucksache [20/1006](#))

D a z u

##### **Änderungsantrag der Fraktion der CDU**

vom 8. September 2021  
(Drucksache [20/1095](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Einrichtung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ in Bremen oder Bremerhaven zu prüfen, welches in Kooperation mit Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen dazu beitragen kann, neue Ziele, Maßnahmen und Standards rund um faire und nachhaltige Transportwege zu formulieren;
2. dem Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen, der staatlichen Deputation für Wirtschaft und Arbeit und dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit in der zweiten Jahreshälfte 2021 über erste Ergebnisse einen Zwischenbericht vorzulegen, der einen Zeit- und Maßnahmenplan sowie eine Indikation für die zur Etablierung eines Kompetenzzentrums „Faire und nachhaltige Logistik“ erforderlichen personellen und finanziellen Ressourcen beinhaltet.

#### **Nr. 20/593**

##### **Erweiterung der Branchendialoge: Branchendialog Logistik einführen, regelmäßige Berichterstattung sicherstellen**

Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE  
vom 15. Juni 2021  
(Drucksache [20/1011](#))

Der Antrag wurde von den Antragstellern zurückgezogen.

#### **Nr. 20/594**

##### **Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 22**

vom 8. Oktober 2021  
(Drucksache [20/1125](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

## Nr. 20/595

### Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Mitbestimmungsrechte in der Justiz stärken!  
Antrag der Fraktionen der SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen  
vom 22. Juni 2021  
(Drucksache [20/1017](#))
2. Wie kann Bremen Sporttalente im Land fördern und binden?  
Große Anfrage der Fraktion der FDP  
vom 26. Mai 2021  
(Drucksache [20/977](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021  
(Drucksache [20/1046](#))
3. Personalentwicklung und Personalkosten  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 1. Juni 2021  
(Drucksache [20/982](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021  
(Drucksache [20/1047](#))
4. Die intensivmedizinische Versorgung im Spiegel der Corona-Pandemie –  
Kapazitäten und Auslastungen mit Blick auf die Krankenhausplanung im  
Land Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 1. Juni 2021  
(Drucksache [20/983](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 10. August 2021  
(Drucksache [20/1070](#))
5. Migrantische Repräsentanz in der Verwaltung: Bildet der öffentliche  
Dienst die Gesellschaft ab?  
Große Anfrage der Fraktionen DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und  
der SPD  
vom 1. Juni 2021  
(Drucksache [20/995](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 13. Juli 2021  
(Drucksache [20/1048](#))
6. Unterhalt und Unterhaltsvorschuss – Kinder von Alleinerziehenden müs-  
sen auch im Land Bremen endlich zu ihrem Recht kommen!  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 22. Juni 2021  
(Drucksache [20/1019](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 31. August 2021  
(Drucksache [20/1088](#))
7. Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandortes Bremen  
Große Anfrage der Fraktion der CDU  
vom 26. Juli 2021  
(Drucksache [20/1061](#))  
D a z u  
Mitteilung des Senats vom 5. Oktober 2021  
(Drucksache [20/1124](#))

8. Verbindliche Rahmen für faire Bildungschancen schaffen, Ganztags-  
schulausbau planen und finanziell absichern  
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU  
vom 14. September 2021  
(Neufassung der Drucksache [20/1064](#) vom 28. Juli 2021)  
(Drucksache [20/1101](#))
9. Grundrechte sind keine Selbstverständlichkeit – Tag des Mauerbaues als  
Auftakt zur Stärkung der politischen Bildung nutzen!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 28. Juli 2021  
(Drucksache [20/1065](#))
10. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 9. Juni 2020  
(Drucksache [20/428](#))
11. Nachhaltigkeitsstrategie für das Land Bremen entwickeln!  
Bericht und Antrag des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegen-  
heiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit  
vom 31. August 2021  
(Drucksache [20/1082](#))
12. Bremen wird Freiheitsraum für LGBTQIA+ – ein Signal für Akzeptanz  
und gegen Diskriminierung  
Antrag der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, DIE LINKE und  
der FDP  
vom 16. September 2021  
(Drucksache [20/1109](#))
13. Die Zukunft in die Schulen holen – Bedingungen für eine zeitgemäße Bil-  
dung schaffen!  
Antrag der Fraktion der FDP  
vom 23. September 2021  
(Drucksache [20/1110](#))
14. Gleicher Infektionsschutz für alle – Schulen in freier Trägerschaft bei der  
Beschaffung und Finanzierung von Luftfiltergeräten unterstützen!  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 24. September 2021  
(Drucksache [20/1111](#))
15. Für eine konsequent patientenorientierte Krankenhausplanung im Land  
Bremen – Forderung nach Vorlage einer Machbarkeitsstudie für mehr  
Leistungs- und Bedarfsorientierung  
Antrag der Fraktion der CDU  
vom 28. September 2021  
(Drucksache [20/1112](#))